

## Statement Heribert Scharrenbroich

Vorstandsvorsitzender von CARE Deutschland-Luxemburg e.V.,

### Auf der Pressekonferenz zur Vorstellung des Jahresberichtes 2009 seiner Organisation am 1. Juni 2010 in Berlin

CARE hat im Jahr 2010 die Ausgabengrenze von 20 Millionen EURO überschritten, kann eine Steigerung der Einnahmen um 18% gegenüber dem Vorjahr verzeichnen. Wenn uns so viele private und öffentliche Gelder anvertraut werden, werten wir das als einen großen Vertrauensbeweis. Dafür danken wir unseren Unterstützern. - Wir konnten die allgemeinen Verwaltungskosten von 4,4 auf 3,8 % senken. Das sind wichtige positive Indikatoren.

Entwicklungszusammenarbeit und Nothilfe bei Katastrophen sind die beiden Arbeitsfelder von CARE Deutschland-Luxemburg im Verbund mit CARE International. Im Jahr 2009 flossen unsere Mittel je zur Hälfte in beide Sektoren, während 2008 die Nothilfe über 60% unserer Mittel beanspruchte.

Allerdings gingen die privaten Spenden zurück von 3,6 auf 3,4 Mio. . Wir verspürten also sehr wohl die Verunsicherung vieler Spender aufgrund der Wirtschafts- und Finanzkrise. Es muss aber auch als eine weitere Begründung für diesen leichten Rückgang festgestellt werden, dass es - anders als 2008 - mit dem Wirbelsturm Nargis in Myanmar oder Anfang dieses Jahres in Haiti im Jahr 2009 keine von den Medien intensiv begleitete Krise gab.

Natürlich wurde über den Gazakrieg Anfang 2009 ausführlichst berichtet. Zerstörung durch Krieg sprechen Spender allerdings nicht an, es sei denn, die Auseinandersetzungen verursachen Flüchtlingsströme. Ansonsten war 2009 das Jahr der leisen Katastrophen. Auch die Überflutungen in Südostasien ( Wirbelsturm Ketsana) im Herbst und die Flüchtlingskrisen in Sri Lanka und Pakistan fanden 2009 wenig Aufmerksamkeit Die Zahl der Hungernden überstieg erstmals die Marke von einer Milliarde Menschen – eine Hiobsbotschaft, die in der Öffentlichkeit kaum wahrgenommen wurde.

Dies ist umso frustrierender für unsere Mitarbeiter, als wir uns besonders für die Erreichung des Millenniumzieles „Halbierung der Zahl der Hungernden bis 2015“ einsetzen. Zahlreiche Projekte, sowohl der Entwicklungszusammenarbeit wie auch in der Katastrophenvorsorge und der Katastrophenbewältigung dienen diesem Ziel.

Das war auch der Grund, warum wir Jean Ziegler, dem langjährigen Sonderbotschafter der UN für das Menschenrecht auf Nahrung, im vergangenen Jahr mit dem CARE Millenniumspreis 2009 ehrten.

Übrigens: Die UN-Konvention über das Menschenrecht auf Nahrung - eines der Rechte der zweiten Generation, der sozialen, ökonomischen und kulturellen Rechte - wird nicht anerkannt von zum Beispiel den Vereinigten Staaten von Amerika, von Großbritannien, von Kanada, der Weltbank, dem Weltwährungsfonds, der Welthandelsorganisation, wie Jean Ziegler feststellte und was geändert werden muss.

Wir müssen deutlich machen, dass jede Politik, die mehr Menschen in den Hunger treibt, gegen dieses Menschenrecht verstößt. Das gilt für alle Politikbereiche, angefangen bei A wie Agrarpolitik bis Z wie Zollpolitik. Wir müssen aufhören mit unseren Agrarsubventionen die Märkte im Süden zu zerstören und in der Zollpolitik unsere Zollmauern einreißen, den Südländern jedoch einen zeitweiligen Schutz beim Aufbau ihrer Märkte verwehren.

Das Jahr 2009 machte aber auch deutlich, dass die Auswirkungen des Klimawandels in weiten Teilen der Welt bereits spürbar sind und die Bemühungen zur Armutsbekämpfung konterkarieren. Humanitäre Organisationen wie CARE sehen schon heute in ihrer täglichen Arbeit die Folgen des Klimawandels. Mitarbeiter berichten uns von unregelmäßigen Regenfällen, häufigeren Dürren und stärkeren Überflutungen.

Deswegen haben wir im vergangenen Jahr mit dem Bonner Zentrum für Entwicklungsforschung (ZEF) eine Studie zum Klimawandel durchgeführt. Eine zentrale Erkenntnis der Studie lautet: „Klimawandel verursacht und verschärft Armut. Zugleich erschwert er Entwicklung und Armutsbekämpfung, indem die weitere Verfügbarkeit natürlicher Ressourcen unsicherer wird.“

Wir bedauern, dass die EU-Klimakommissarin Hedegard in der letzten Woche von ihren Kommissionskollegen Oettinger (Energie) und Tajani (Industrie ) sowie den Wirtschaftsministern Deutschlands und Frankreichs zurückgepfiffen wurde, als sie die Reduktionsziele für die EU erhöhen wollte. Die EU wird ihrer Verantwortung nicht gerecht.

Ein internationales Klima-Team von CARE nimmt regelmäßig an den UN-Klimaverhandlungen teil, um sicherzustellen, dass die Bedürfnisse der Ärmsten der Armen nicht von der Agenda rutschen und relevante Anpassungsmaßnahmen und deren Finanzausgaben gewährt und erfüllt werden. Im Hinblick auf die derzeit stattfindenden Klimaverhandlungen in Bonn, die die nächste große Klimakonferenz im Dezember in Mexiko vorbereiten soll, appelliere ich: Wir dürfen uns nicht in Zahlenspielen um Emissionsrechte und Finanzausgaben verlieren. Bonn muss ein Signal aussenden, dass jetzt endlich Ernst gemacht wird mit dem gemeinsamen, solidarischen Kampf gegen den Klimawandel. Es ist alarmierend, wenn der bisherige Chef des UN-Klimasekretariats, Yvo de Boer, schon nicht mehr glaubt, dass es in Mexiko gelingen wird, ein komplettes Kyoto-Nachfolgeprotokoll zu beschließen, sondern es sich erst von dem Weltklimagipfel erhofft, der 2011 in Südafrika stattfinden soll.